

Antrag

der Abgeordneten Wieninger, Dr. Huys, Lemmrich, Burge-
meister, Seidl (München), Dorn, Ollesch, Busse, Frau Dr.
Diemer-Nicolaus, Opitz und Genossen

Der Bundestag wolle beschließen:

Entwurf eines Ingenieurgesetzes

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Personen, die in der gewerblichen Wirtschaft selbständig oder unselbständig berufstätig sind und nicht den akademischen Grad eines Diplomingenieurs oder das Ingenieurszeugnis einer staatlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule besitzen, dürfen die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ — auch in Wortverbindungen — nur führen, wenn sie diese am geführt haben.

§ 2

Personen, die gemäß § 1 die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ weiter führen wollen, müssen dies innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der für ihren Wohnsitz zuständigen Industrie- und Handelskammer anzeigen. Unterbleibt die Anzeige, so sind sie zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ nicht mehr berechtigt.

§ 3

(1) Die Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ ist zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die mangelnde fachliche Eignung in bezug auf die als Ingenieur ausgeübte Tätigkeit dartun.

(2) Zuständig für die Untersagung ist die für den Gemeindebezirk der Niederlassung zuständige Verwaltungsbehörde; bei Fehlen einer Niederlassung richtet sich die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde nach dem Wohnsitz, bei Fehlen eines Wohnsitzes nach dem Aufenthaltsort, bei Fehlen auch eines Aufenthaltsortes nach dem Tätigkeitsbereich der Person, die die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ führt.

§ 4

Ordnungswidrig handelt, wer entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ führt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 5

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, welche Angaben bei der Anzeige gemäß § 2 zu machen und welche Unterlagen beizufügen sind.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz ent-

haltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 20. Februar 1964

Wieninger	Memmel
Dr. Huys	Nieberg
Lemmrich	Oetzel
Burgemeister	Rauhaus
Seidl (München)	Schlee
Dr. Aigner	Dr. Siemer
Dr. Althammer	Stiller
Baldauf	Sühler
Dr.-Ing. Balke	Unertl
Dr. Besold	Vogt
Dr. Dittrich	Weigl
Drachsler	Weinzierl
Ehnes	Wendelborn
Dr. Franz	Dr. Willeke
Gehring	Dr. Winter
Dr. Gerlich	Ziegler
Günther	Dr. Zimmermann (München)
Heix	
Hörnemann (Gescher)	Dorn
Hösl	Ollesch
Dr. Kempfner	Busse
Dr. Kliesing (Honnaf)	Frau Dr. Diemer-Nicolaus
Dr. Knorr	Opitz
Krug	Burckardt
Lang (München)	Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)
Lemmer	Kreitmeyer
Lerner	Dr. Mälzig
Leukert	Dr. h. c. Menne (Frankfurt)